



Ruanda



## Die goldene Saat

**Hunger beseitigt, Malaria verschwunden - ein Dorf in Ruanda zeigt, wie Afrika seine Probleme mit intelligenter Hilfe lösen könnte.**

Von Harald Schumann, Mayange

26.05.2007 16:41 Uhr

Ihre Hände sind voller Schwielen, die sehnigen Arme zeugen von Kraft und Ausdauer, das Gesicht ist schmal und faltig. Jacqueline Karenzo ist anzusehen, dass sie seit Jahrzehnten nichts anderes kennt als harte Arbeit. Jahr um Jahr hat die 48 Jahre alte Bäuerin ihren anderthalb Hektar großen Acker mit der Hacke und dem Erntemesser bestellt, hat das Wasser für ihren kranken Mann und die fünf Kinder täglich mehr als vier Kilometer geschleppt. Nie erbrachte die Schufferei mehr als das bloße Überleben. „Oft waren wir hungrig“, sagt sie. Die Malaria forderte steten Tribut. Die Moskitos mit den Erregern stachen jede Nacht und viele Wochen des Jahres vergingen mit der Pflege der fiebernden Kinder – bis vor einem Jahr.

Damals berief ein Beamter der Regierung im Kreis Mayange eine Versammlung ein. Dort erklärte ein Amerikaner, dass die 50 Familien des Dorfes neue Landbautechniken ausprobieren und damit viel mehr ernten könnten als bisher. Außerdem wäre mit ein paar einfachen Maßnahmen ihre Gesundheit zu schützen, erzählte der Mann. Die Malaria könnten sie besiegen, und die Durchfallerkrankungen der Kinder wären auch zu bekämpfen. Sie müssten nur ein Komitee wählen, dessen Mitglieder die neuen Methoden lernen und allen Nachbarn weitergeben sollten.

Jaqueline machte mit und übernahm den Posten der Agrarsekretärin. Ein Landwirtschaftsberater kam, und zeigte ihr wie man den Mais in Reihen pflanzt, wie kleine Terrassen auf dem Acker das kostbare Regenwasser länger festhalten, und wie der Mineraldünger einzusetzen ist. Alle Familien bekamen kostenlos einen Sack Saatgut und Dünger. Für jede Schlafstelle wurde ein Moskitonetz verteilt, das mit Insektengift imprägniert ist. Einige Krankenschwestern lehrten die Mütter, wie sie ihre Kinder vor Darminfektionen schützen können.

Der Erfolg war durchschlagend. Erstmals hat Jaqueline weit mehr geerntet, als die Familie selbst verbrauchte. 300 Kilo Mais konnte sie auf dem Markt verkaufen und mit dem Erlös die Gebühren für die Sekundarschule ihres ältesten Sohnes bezahlen. Zum ersten Mal in ihrem Leben hat sie jetzt auch einen Kredit aufgenommen, um damit Saatgut und Dünger für die nächste Saison zu kaufen. Damit sich das rechnet, hat sie die Anbaufläche für Mais auf Kosten der Bohnenpflanzung verdoppelt. Nach der nächsten Ernte, so hofft sie, wird noch weit mehr übrig bleiben als nur das Schulgeld, zumal jetzt auch die Kinder besser mithelfen können. Seit Monaten hat keines mehr das gefürchtete Fieber bekommen. „Es ist, als wären die Mücken einfach verschwunden“, sagt die Bäuerin und die Hoffnung auf bessere Zeiten zaubert ein Lächeln auf ihr sonst so ernstes Gesicht. „Endlich können wir besser leben, vielleicht können die Kinder sogar studieren.“

Geschichten wie diese können in Jacquelines Nachbarschaft, im Kreis Mayange des afrikanischen Staates Ruanda, neuerdings einige tausend Menschen erzählen. Saatgut, Dünger, Moskitonetze, 12 neue

Krankenschwestern im regionalen Gesundheitszentrum und zwei Dutzend einheimische Berater haben das Leben in dieser ärmsten Region des vom Völkermord gezeichneten Landes von Grund auf verändert. Für Jaqueline ist es „die Regierung“, die ihnen zu Hilfe kam. Aber die war es nicht allein. Denn das Wunder von Mayange ist Teil eines einzigartigen Experiments, dessen Urheber im fernen New York zu Hause sind.

Dort hatten vor sieben Jahren die Regierungen der Uno-Staaten feierlich beschlossen, bis zum Jahr 2015 weltweit die Zahl der Hungernden zu halbieren, die Ausbreitung von Malaria und Aids zu stoppen und der Massenarmut Einhalt zu gebieten. Im Auftrag der Uno erarbeitete eine Wissenschaftlerkommission unter Leitung des US-Ökonomen Jeffrey Sachs ein umfassendes Konzept, wie die Ziele zu erreichen seien.

Das Konzept fußt auf der Theorie des „big push“ – des großen Schubs. Mit milliardenschweren, von den reichen Staaten finanzierten Investitionen in den besonders armen Staaten sollten die Menschen binnen fünf Jahren aus der „Armutsfalle“ befreit werden. Gefangen im Teufelskreis aus mageren Ernten, Hunger, Krankheit und geringer Bildung hätten sie keine Chance, überhaupt Anschluss an den Markt und die Weltwirtschaft zu finden, argumentierte Sachs. Vor allem in Afrika bedürfe es der Förderung einer „grünen Revolution“ durch moderne Agrartechnik, der massiven Bekämpfung der Malaria sowie des großflächigen Ausbaus von Straßen und der Energieversorgung. Auf diesem Wege könnten auch die armen Staaten die erste Stufe auf der „Leiter der Entwicklung“ erklimmen und ihre Länder anschließend aus eigener Kraft marktwirtschaftlich voranbringen.

Kaum veröffentlicht stieß das Konzept auf breite Kritik von allen Seiten. Von einem „Rückfall in die 70er Jahre“, sprachen erfahrene Entwicklungshelfer und verwiesen auf das Scheitern ähnlicher Programme in früheren Jahrzehnten. Entscheidend seien viel mehr gute Regierungsführung und die Bekämpfung der Korruption. Als „technokratisch“ geißelten auch die Nord-Süd-Aktivisten privater Hilfsorganisationen das Konzept. Schließlich würden die Wohlstandsländer die Armutsstaaten mit subventionierten Agrarprodukten überschwemmen und so den heimischen Bauern die Absatzchancen nehmen. Zugleich würde die Weltbank mit ihren Kreditkonditionen die Entwicklungsländer knebeln. Armut, hielt der deutsche Entwicklungsexperte Wolfgang Sachs seinem amerikanischen Namensvetter entgegen, „rührt nicht aus dem Mangel an Geld, sondern dem Mangel an Macht“.

All das hält US-Ökonom Jeffrey Sachs jedoch für „faule Ausreden“. Die G-8-Staaten würden von den Afrikanern Good Governance fordern, seien aber „selbst unfähig, ihre Versprechen in verlässliche Politik umzuwandeln“, sagt Sachs und verweist auf das beim G-8-Gipfel vor zwei Jahren gegebene Versprechen, die Zahlungen für Afrika zu verdoppeln. Tatsächlich sei der von ihm verfolgte „ganzheitliche Ansatz“ niemals richtig versucht worden.

Um die Geberstaaten zu überzeugen, startete der Ökonom darum im Jahr 2005 mit Hilfe privater Geldgeber, darunter der Finanzmagnat George Soros, das Projekt der „Millennium-Dörfer“. In 12 ausgesuchten Siedlungen, verteilt über zehn verschiedene afrikanische Staaten soll bewiesen werden, dass der „big push“ funktionieren kann. Fünf Jahre lang sollen die Dörfer mit jeweils etwa 5000 Menschen bei Ausgaben von etwa 70 Dollar pro Kopf und Jahr auf den Pfad einer selbst tragenden Entwicklung geschoben werden. Weitere 30 Dollar pro Kopf tragen die jeweiligen Regierungen bei, 10 Dollar erarbeiten die Bewohner in Eigenleistung.

Und so fiel in Ruanda, zum Glück von Jacqueline Karenzo, die Wahl auf Mayange im Bugusera-Bezirk, gut 50 Kilometer südlich der Hauptstadt Kigali. Die Region ist besonders trocken, der Boden nach

langjähriger Übernutzung vielfach ausgelaugt. Gerade mal ein halber Hektar Land steht den Bauern im Schnitt zur Verfügung. „Als wir kamen, herrschte Hungersnot“, berichtet einer der Helfer. Gemessen daran war der Starterfolg enorm. Das schnell wachsende Saatgut und der Dünger trieben die Maisernte von 0,3 auf 3,7 Tonnen pro Hektar hoch. Zehn Prozent der Ernte legten die Bauernfamilien in einem Lager für Notzeiten zurück. Gesundheitsberatung und Moskitonetze sorgten für einen drastischen Rückgang der Malariafälle und der Kindersterblichkeit.

Ähnliche Erfolgsberichte trafen in New York aus den anderen Dörfern von Mali bis Malawi ein – nach Meinung vieler Fachleute keine große Leistung. „Mit dem Geld verwandle ich jeden Wüstenfleck in ein Paradies“, sagt einer der deutschen Entwicklungshelfer vor Ort und spottet über die „Potemkinschen Dörfer des Herrn Sachs“. Entscheidend sei, ob der Erfolg anhalte, wenn die Helfer abziehen und kein Geld mehr aus dem Ausland komme. Erst recht fraglich sei, ob das Modell sich auf das ganze Land übertragen lasse: „Woher kommen die Ärzte und die Agrarberater, wer baut die Straßen und Stromleitungen, kann die Regierung die nötigen Summen überhaupt ordentlich verwalten?“ Folglich müsse gute Entwicklungspolitik vorrangig die Kapazität der staatlichen Verwaltung stärken. Scheinerfolge an einem Ort seien da nicht hilfreich.

Josh Ruxin kennt diese Einwände nur zu gut. Der 37-jährige amerikanische Gesundheitsökonom leitet das 45-köpfige Mayange-Team und kennt alle Fallen der Entwicklungsarbeit. Ruxin ist der klassische amerikanische Machertyp, leger im Umgang, hart im Entscheiden. Schon 15 Jahre lang arbeitet er an Entwicklungsprojekten. „Über nichts denken wir mehr nach, als die Nachhaltigkeit des Erfolgs“, versichert er. Das Abhängigkeitssyndrom zum Beispiel. Wer regelmäßig beschenkt wird, der gewöhnt sich daran. Darum gab es Saatgut und Dünger nur im ersten Jahr umsonst. Für die zweite Anbausaison gewann er eine örtliche Bank zur Auflage eines Mikrokreditsystems. Immerhin drei Viertel der Haushalte stiegen darauf ein.

Nicht minder riskant ist das ökologische Problem. „Mais und Mineraldünger sind nicht die Lösung“, weiß auch Ruxin. Dünger ist energieintensiv und könnte mit dem nächsten Ölpreisschub unbezahlbar werden. Zudem ist der tropische Boden arm an Humus, schnell fehlen andere Nährstoffe. Bis zum Ablauf der fünf Jahre sollen die Bauern darum auf mehrjährige Kulturen wie Avocadobäume oder Granatäpfel umsteigen. Hecken aus stickstoffbindenden Sträuchern sollen organischen Dünger liefern. Weil längst nicht alle Menschen im dicht besiedelten Ruanda von der Landwirtschaft leben können, haben auf Vorschlag der Berater mehrere hundert Frauen zudem Genossenschaften für die Herstellung geflochtener Körbe gegründet. Ein Liefervertrag mit einer amerikanischen Kaufhauskette steht in Aussicht.

So setzt das Mayange-Team vor allem auf die Mobilisierung der Bevölkerung. Ein Dutzend „community mobilizer“ bilden Führungspersönlichkeiten aus den Dörfern aus und organisieren die örtlichen Komitees. Dort entscheiden die Bewohner selbst, wem zuerst geholfen werden soll. Beratung gibt es nur gegen die Verpflichtung, das Wissen weiter zu tragen. So wurden aus anfänglich 50 beteiligten Familien inzwischen mehr als 1000.

Gleichzeitig geschieht nichts ohne Beteiligung der örtlichen Beamten. Sie müssen das Vorhaben am Ende übernehmen. Darum auch sind bis auf drei Amerikaner alle Mitarbeiter aus der Region selbst – ein Vorgehen, das der Distriktchef enthusiastisch begrüßt. Jeden Erfolg kann er im Bericht an die Zentralregierung für sich verbuchen. „Für mich ist das Millennium-Projekt ein Glücksfall“, sagt er. „Unsere Leute hungern nicht mehr.“ Nun will er eine weitere Gemeinde im Distrikt mobilisieren. „Da werden wir zeigen, dass wir das auch alleine können. Das Wissen verschwindet ja nicht mit den

Auslandsexperten“, versichert der Beamte.

So erscheint das Vorhaben keineswegs als technokratischer Eingriff über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern eher als raffiniertes Sozialmanagement. Aber reicht das auf Dauer? Kann ganz Ruanda so der Armutsfalle entkommen?

Ruxin und sein Team glauben jedenfalls daran. Aber das sehen sie keineswegs als ihren eigenen Verdienst. Hoffnung macht ihnen vielmehr die Regierung des amtierenden Präsidenten Paul Kagame. Der einstige Rebellenchef, der vor 13 Jahren als Chef der siegreichen Tutsi-Armee dem Völkermord des Hutu-Regimes gegen die Tutsi ein Ende bereitete, regiert das Land mit harter Hand. Jede Opposition, die auch nur subtil mit der ethnischen Frage operiert, wird im Keim erstickt. Von echter Demokratie ist das Land trotz Wahlen noch weit entfernt.

Doch anders als in anderen afrikanischen Staaten nutzten die Regenten die Macht nicht zur eigenen Bereicherung, sondern zur Umgestaltung des Landes. Korruption aller Art wird hart verfolgt und ist nach Meinung der meisten Auslandsexperten kein großes Problem mehr. Auch die Forderung nach transparenter Führung der öffentlichen Haushalte gilt als erfüllt. Auf ihrer Rangliste der Länder mit dem besten Geschäftsklima setzte die Weltbank Ruanda auf Platz eins in Afrika.

Die Frauen des Landes sind nicht mehr die Lastesel der Nation, sondern an der Macht beteiligt. Die Hälfte der Parlamentsabgeordneten ist weiblich, im Kabinett besetzen Frauen mehr als ein Drittel der Posten, ebenso auf allen unteren Ebenen der Verwaltung. Zudem delegierte das Kagame-Regime viele Entscheidungen auf die Volksvertreter vor Ort. Über die Verwendung eines Fünftels aller staatlichen Gelder wird in den Distrikten entschieden. „Die politische Dynamik hier ist einzigartig, kein Vergleich mit der sonstigen Lethargie in der Region“, bestätigt Alexander Kalk, der Vertreter der deutschen Entwicklungsagenturen in Kigali.

All das hebt die großen Probleme des Landes nicht auf. Die Wunden des großen Mordens von 1994 sind längst nicht verheilt. Der Mangel an Land facht den alten Konflikt der Volksgruppen immer wieder neu an. Zudem droht das starke Bevölkerungswachstum alle Erfolge aufzufressen. Ohne die radikale Beschleunigung des Wirtschaftswachstums wäre ein erneuter Niedergang nicht aufzuhalten.

Doch zusammen mit den erfolgreichen Strukturreformen macht genau dieser Umstand ausgerechnet das kleine Ruanda, das nur wenig größer ist als Hessen, zum idealen Kandidaten für den „big push“. Die Einwände gegen das Millennium-Konzept hat die Regierung selbst zum Großteil abgearbeitet. Und tatsächlich wollen Kagame und seine Minister den großen Sprung wagen. Nächstes Jahr soll in jedem der dreißig Distrikte jeweils eine weitere Modellgemeinde nach dem Vorbild der Millennium-Dörfer reformiert werden. Von 2009 an schließlich soll der Ausbau von Landwirtschaft, Gesundheitsversorgung, Handwerkskooperativen und Schulen landesweit erfolgen.

Der Plan mit dem Namen „Vision 2020“ hat freilich eine große Leerstelle: Die Finanzierung ist völlig ungeklärt. Bereits heute wird die Hälfte des ruandischen Staatshaushaltes aus dem Ausland finanziert. Um den Plan umzusetzen, müsste diese Hilfe von bisher rund 250 Millionen Dollar jährlich auf dann 500 Millionen Dollar verdoppelt werden, kalkuliert Finanzminister James Mussoni, vor allem wegen des nötigen Ausbaus von Straßen- und Stromnetz. Das sei zwar eine gewaltige Summe, entspreche aber dem, „was in Gleneagles versprochen wurde“, sagt Mussoni und verbindet die Forderung mit einem mutigen Versprechen: „Wenn wir jetzt investieren, können wir ab 2015 beginnen, die Auslandszuschüsse zu senken.“ Ruanda habe einen machbaren Plan. Die Herausforderung liege nun bei „unseren Partnern in

den Geberländern“, sagt Mussoni. Seit 2005 sind die Zahlungen allerdings leicht gesunken, gesteht der Minister und gibt sich dennoch zuversichtlich: „Ab 2008 wird das Geld kommen, welchen Sinn hätten sonst die ganzen Versprechungen?“

Jacqueline Karenzo weiß nichts von den G-8-Versprechen, aber sie kennt die Regierungspläne und baut ihre Zukunft darauf. Wenn erst die versprochene Straße samt Wasserleitung Mayange erreiche, sagt sie selbstbewusst, „mache ich hier einen Laden auf und verdiene doppelt so viel“.